

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Integration**

### **Kritik an den Zuständen in der Landeserstaufnahme- einrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. ob ihr der offene Brief von zwei ehrenamtlichen Helferinnen an den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Karlsruhe bekannt ist und inwieweit sie mit den Autorinnen im Kontakt steht;
2. wie sie die darin erhobenen Vorwürfe bewertet, die Mitarbeiter der LEA seien überlastet und welche eigenen Erkenntnisse sie über die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter hat;
3. wie sich die Relation zwischen zu bearbeitenden Anträgen pro Mitarbeiter in der LEA Karlsruhe in den letzten zwölf Monaten entwickelt hat;
4. inwieweit sie die Notwendigkeit für Neueinstellungen gegeben sieht und welche konkreten Neueinstellungen bereits vorgenommen wurden bzw. werden;
5. welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der LEA geplant sind;
6. wie sie die Vorwürfe bewertet, dass Antragsteller mit Kindern über mehrere Stunden aufgrund einer ungenügenden Raumsituation im Freien warten müssen;
7. inwieweit sie durch bauliche Maßnahmen im Bereich der Warteräume Abhilfe schaffen will;
8. wie sich die durchschnittliche Wartezeit bei der Registrierung in den letzten zwölf Monaten entwickelt hat;

9. inwieweit sie Vorkehrungen trifft, damit ähnliche Zustände in den anderen bestehenden bzw. sich in der Einrichtung befindlichen Landeserstaufnahmeeinrichtungen vermieden werden können;
10. wie perspektivisch auf die weiter steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit welchen Maßnahmen reagiert wird und wie hier insbesondere das eingesetzte Personal entlastet werden kann.

03. 03. 2015

Dr. Lasotta, Meier-Augenstein, Schütz,  
Dr. Engeser, Paal, Gurr-Hirsch, CDU

### Begründung

Wie bekannt wurde, haben zwei ehrenamtliche Helferinnen in einem offenen Brief schwere Vorwürfe über die Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Karlsruhe erhoben. Beklagt wird unter anderem eine Arbeitsüberlastung der Mitarbeiter der LEA. Zudem sei die Situation in den Warteräumen unzumutbar, sodass es zu Warteschlangen im Freien komme.

Die Landesregierung wird um eine Bewertung der Vorwürfe gebeten und um Auskunft darüber, mit welchen Maßnahmen sie eine Verbesserung der Situation erreichen will.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 26. März 2015 Nr. 2-0141.5/6578 nimmt das Ministerium für Integration im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. ob ihr der offene Brief von zwei ehrenamtlichen Helferinnen an den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Karlsruhe bekannt ist und inwieweit sie mit den Autorinnen im Kontakt steht;*

Zu 1.:

Der offene Brief ist an das Regierungspräsidium Karlsruhe, bei dem die LEA Karlsruhe angesiedelt ist, gerichtet. Dort legt man Wert auf einen guten Kontakt mit allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Daneben führt die LEA Karlsruhe einen regelmäßigen Informationsaustausch mit den beteiligten Organisationen der Flüchtlingshilfe Karlsruhe und geht jeder ihr bekannten Beanstandung nach. Der „offene Brief“ war Gegenstand zahlreicher Medienanfragen, die das Regierungspräsidium Karlsruhe beantwortet hat. Mit den beiden Autorinnen wird das Regierungspräsidium Karlsruhe speziell zu den erwähnten Punkten das Gespräch suchen.

- 2. wie sie die darin erhobenen Vorwürfe bewertet, die Mitarbeiter der LEA seien überlastet und welche eigenen Erkenntnisse sie über die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter hat;*

Zu 2.:

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LEA arbeiten aufgrund der hohen Zugangszahlen durchgängig mit großem persönlichen Engagement unter schwierigen

Rahmenbedingungen. Soweit es in Einzelfällen durch eine persönliche Überbelastung zu einer problematischen Situation gekommen ist, hat das Regierungspräsidium Karlsruhe beispielweise durch Personalverstärkung in einzelnen Bereichen, Umsetzungen von Personal oder Änderungen im konkreten Aufgabenzuschnitt reagiert.

3. *wie sich die Relation zwischen zu bearbeitenden Anträgen pro Mitarbeiter in der LEA Karlsruhe in den letzten zwölf Monaten entwickelt hat;*
4. *inwieweit sie die Notwendigkeit für Neueinstellungen gegeben sieht und welche konkreten Neueinstellungen bereits vorgenommen wurden bzw. werden;*

Zu 3. und 4.:

Die anhaltend steigenden Zugangszahlen der letzten Jahre, insbesondere seit Mitte des Jahres 2014, haben zu einer erheblichen Mehrbelastung des Personals geführt. Die Bearbeitungsquoten pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter haben sich im vergangenen Jahr kontinuierlich erhöht.

Aufgrund wechselnder Variablen kann die Relation aber nicht zahlenmäßig ausgedrückt werden. Beispielsweise wurde im Laufe des Jahres 2014 die neue LEA in Meßstetten mit eigenem Personal in Betrieb genommen. Dem Regierungspräsidium Karlsruhe wurden weitere Stellen zugewiesen. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat bei der Bewältigung der Aufgaben auch auf Dienstleistungen durch Dritte zurückgegriffen und noch durch Umschichtung von Personal aus anderen Referaten des Regierungspräsidiums und auch von anderen Behörden reagiert. Ab dem Sommer 2014 hingegen reichte dies für die ordnungsgemäße Erledigung der Aufgaben im Bereich der Aufnahme und Verteilung nicht mehr aus.

Daher wurden für das Regierungspräsidium Karlsruhe im Jahr 2014 zusätzlich 36 Stellen vorgesehen und bewilligt.

Für die Besetzung dieser und bereits vorhandener Stellen konnte das Regierungspräsidium Karlsruhe im Jahr 2014 insgesamt 48 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen. Unter den Neueinstellungen befinden sich auch Beschäftigte in Teilzeit, die sich Stellen teilen.

Weitere Stellen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes am Standort „Felsstraße“ in Karlsruhe sowie für die Gesamtkoordination des Regierungspräsidiums Karlsruhe zwischen den jeweiligen Erstaufnahmeeinrichtungen im Land und als zentrale Verbindungsstelle für alle übergreifenden Fragestellungen mit dem BAMF sind noch für 2015 vorgesehen. Außerdem wird der Stellenbestand in der LEA Meßstetten weiter aufgestockt.

5. *welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der LEA geplant sind;*
6. *wie sie die Vorwürfe bewertet, dass Antragsteller mit Kindern über mehrere Stunden aufgrund einer ungenügenden Raumsituation im Freien warten müssen;*
7. *inwieweit sie durch bauliche Maßnahmen im Bereich der Warteräume Abhilfe schaffen will;*

Zu 5., 6. und 7.:

Für das Regierungspräsidium Karlsruhe wird aktuell das Gebäude in der Felsstraße 2 als neuer großer Standort für die Registrierung der Flüchtlinge und zur Schaffung von Büroräumlichkeiten umgebaut. In dem umgebauten Gebäude werden auch ungefähr 500 bis 600 Unterbringungsplätze sowie eine Kantine und weitere Versorgungsbereiche angesiedelt sein. Es ist vorgesehen, dort einen angemessenen Wartebereich und eine Kinderspielecke einzurichten. Die Registrierung ankommender Flüchtlinge soll nach Inbetriebnahme ausschließlich an diesem Standort stattfinden. Vergleichbare Warteströme, wie sie im „offenen Brief“ für die Durlacher Allee 100 geschildert wurden, werden durch das neue Schalerverfahren nicht mehr zu erwarten sein.

In den modernisierten Verwaltungsräumlichkeiten werden die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich verbessert werden können. Der Abschluss der umfangreichen Umbaumaßnahmen und die anschließende Inbetriebnahme ist für Ende Mai 2015 vorgesehen.

Wesentliche Entlastungen bei den tatsächlichen Zugangszahlen für die LEA Karlsruhe wird zudem der Aufbau weiterer vollwertiger Erstaufnahmeeinrichtungen (LEA) an verschiedenen Standorten im Land erbringen. Demnächst wird die LEA Ellwangen vom Regierungspräsidium Stuttgart in Betrieb genommen. Mit der weiteren Dezentralisierung können bei der Flüchtlingsaufnahme Kapazitätsengpässe an einzelnen Standorten vermieden werden.

Am jetzigen Standort in der Durlacher Allee 100 gibt es bedingt durch die bauliche Situation nur sehr begrenzte Warteraumkapazitäten. Aus diesem Grund lässt es sich bei besonders starkem Andrang nicht immer vermeiden, dass Personen notfalls auch im Freien warten müssen. Angesichts der derzeit starken Zugangszahlen kommen z. B. aus den Außenstellen sehr viele Personen unangemeldet ohne Termin oder treffen erheblich früher in der LEA ein als vorgesehen. Dies lässt sich durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LEA nicht beeinflussen. Bei kalter Witterung konnte ein großer Teil der Wartezeit provisorisch in der beheizten Teestube auf der anderen Seite des Hofes überbrückt werden. Der Sicherheitsdienst ist angewiesen, Antragsteller mit kleinen Kindern aus der Warteschlange bevorzugt zur Registrierung zu bringen. Im neuen Registrierungsgebäude in der Felsstraße werden zukünftig ausreichend Warteraumkapazitäten zur Verfügung stehen, sodass die auf eine Registrierung wartenden Flüchtlinge durchgehend vor Witterungseinflüssen geschützt sein werden.

*8. wie sich die durchschnittliche Wartezeit bei der Registrierung in den letzten zwölf Monaten entwickelt hat;*

Zu 8.:

Über die durchschnittliche Wartezeit bei der Registrierung bestehen keine Erhebungen. Daher kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

*9. inwieweit sie Vorkehrungen trifft, damit ähnliche Zustände in den anderen bestehenden bzw. sich in der Einrichtung befindlichen Landeserstaufnahmeeinrichtungen vermieden werden können;*

*10. wie perspektivisch auf die weiter steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit welchen Maßnahmen reagiert wird und wie hier insbesondere das eingesetzte Personal entlastet werden kann.*

Zu 9. und 10.:

Durch die Verteilung der Zugänge auf mehrere dezentrale Standorte verringert sich die Belastung pro Standort deutlich. Zudem handelt es sich bei den neuen LEA-Standorten in Ellwangen und Meßstetten sowie auch bei der bedarfsabhängigen Erstaufnahmeeinrichtung (BEA) Heidelberg um weitläufige ehemalige Kasernengelände. Im Gegensatz zum dicht bebauten Standort in der Durlacher Allee 100 in Karlsruhe sind dort erheblich mehr Platz- und Raumkapazitäten verfügbar. Bei den Detailplanungen für die neuen LEA Standorte wird auf die Erfahrungen mit dem Betrieb der LEA Karlsruhe zurückgegriffen. Weitere Standorte sind in Planung.

Alle bestehenden oder in Planung befindlichen LEA Standorte werden personell angemessen ausgestattet. Die personalwirtschaftlichen Voraussetzungen bestehen oder sind in Vorbereitung. Hinsichtlich des Betriebsablaufes in den Einrichtungen wird die stärkere Nutzung elektronischer Verfahren (z. B. elektronischer Heimausweis) geprüft. Ebenfalls geprüft wird, ob standardisierte oder automatisierte Verfahren die Abläufe zusätzlich entspannen können.

Öney

Ministerin für Integration